

Entwicklung des Widerstandes gegen das NS-System –

Eine Betrachtung 75 Jahre nach dem Versuch eines Staatsstreichs
am 20. Juli 1944

Von Klaus Hammel

1. Vorbemerkung

Eine Darstellung des Widerstandes gegen das NS-System in Deutschland und seine Wirkungen kann sich naturgemäß nur auf einen Überblick beschränken. Mit dieser Betrachtung sollen keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse präsentiert werden, vielmehr ist es Absicht, ein gründlich erforschtes geschichtliches Geschehen in die Erinnerung zurückzurufen.

Die nachfolgende Ausarbeitung konzentriert sich auf den militärischen Widerstand. Verbindungen oder Verknüpfungen bzw. identische Zielsetzungen zum Widerstand in der Gesellschaft, in den Parteien/Gewerkschaften, Kirchen oder in der „Administration“ werden aufgezeigt.

In den letzten Jahren wurde in wissenschaftlichen Darstellungen dazu übergegangen, auch Opposition, Handlungen oder Aktionen gegen den NS-Staat, die von außerhalb Deutschlands erfolgten – Beispiele: Deutsche Emigranten im Exil, „Nationalkomitee Freies Deutschland“ bzw. „Bund deutscher Offiziere“ die sich nach der Katastrophe von Stalingrad in den Kriegsgefangenenlagern in der Sowjetunion gebildet hatten, Exilorganisationen von Parteien, die in Deutschland verboten oder verfolgt wurden – unter den Sachbegriff Widerstand einzubeziehen. Nach allgemeinem Verständnis ist die Vorstellung von „Widerstand“ gegen die eigene Obrigkeit allerdings mit der Bereitschaft verbunden, persönliche Risiken auf sich zu nehmen. Dies schließt die Hingabe des eigenen Lebens ein. Man muss sich auch die Frage stellen, ob Widerstand gegen das NS-System, der vor allem den Zwecken eines anderen Terrorregimes diene, wie dem bolschewistischen System in der Sowjetunion, eine ethische Rechtfertigung hatte.

Um das Thema nicht auszuweiten, soll auf diese Formen des „Widerstandes“ aber nicht eingegangen werden.

2. Zielsetzungen der Widerstandsbewegung in Deutschland

Je stärker sich nach der „Machtübernahme“ 1933 die organisatorischen Machtstrukturen der NS-Herrschaft festigten, je stärker die verwerflichen politischen Zielsetzungen hervortraten und je deutlicher (insbesondere nach dem Beginn des Russland-Feldzuges) die Bestrebungen wurden, rassenideologische Grundüberzeugungen unter Missachtung von Recht und Moral durchzusetzen, desto stärker wurde auch die Absicht, nicht nur den Diktator mittels eines Attentats zu töten, sondern vor allem durch einen radikalen Umsturz das NS-System in der Folge eines Staatsstreichs zu beseitigen.

Ein solcher Umsturz konnte nur durch das Militär, die Wehrmacht, herbeigeführt werden.

Durch den Ablauf des Krieges, durch die Kriegswende ab 1943, hier waren der Zusammenbruch der HGr Mitte an der russischen Front Ende Juni 1944 sowie die geglückte Invasion der Anglo-Amerikaner am 06. Juni 1944 auf dem Festland ausschlaggebend, musste der angestrebte Erfolg für den Fall eines geglückten Staatsstreichs – Umsturz und Beseitigung des Systems, Beendigung einer gegen alle humanen Prinzipien gerichteten Politik, Wiederherstellung des Rechts – in den Hintergrund treten. Ausschlaggebend wurde der Versuch eines Staatsstreichs „an sich“, der „Fanalcharakter“, um zu zeigen, dass es auch ein „anderes Deutschland“ gab - die Demonstration, dass nicht das gesamte deutsche Volk hinter der NS-Herrschaft stand.

3. Rahmenbedingungen

Eine Reihe von Einflussgrößen waren entscheidend für das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland, wie auch für die Reaktion darauf, die Formierung einer Widerstandsbewegung über die Zeit. Die nachfolgende Aufzählung beschränkt sich auf wesentliche Faktoren und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit

- Als Folge der Abschaffung der Monarchien in Russland, im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn war nach dem 1. Weltkrieg eine neue Staatenordnung in Europa entstanden. Vor allem in Osteuropa und in Südosteuropa hatten sich durch Gebietsabtrennungen bzw. durch die Zerschlagung der Donaumonarchie neue Staaten gebildet, die auf der Suche nach einer angemessenen inneren Ordnung und einer nationalen Identität waren.
- Auf der Grundlage eines vordergründig so empfundenen oder tatsächlichen Versagens des Parlamentarismus wandten sich zahlreiche Staaten in dieser europäischen Staatenwelt seit Beginn der 20er Jahre bis etwa 1940 diktatorischen Regimen oder Regierungen mit autoritärem Charakter, wobei die Parlamente weitgehend ausgeschaltet waren, zu: Italien (1925), Polen (1926), Portugal und zeitweise Österreich (1933), die Baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen (1934/35), Spanien (1938/39), Rumänien und Frankreich (1940).

Die Sowjetunion unterlag einer anderen Form der Diktatur, durch die absolute Herrschaft der kommunistischen Partei.

- Halten wir uns dieses Bild vor Augen, dann verwundert es nicht, dass das Aufkommen des Nationalsozialismus in Deutschland mit seiner Ideologie und mit seinem Streben nach absoluter Herrschaft nicht abschreckend auf die Bürger wirkte. Bei den selbst erlebten politischen Querelen in der Weimarer Republik – in 11 Jahren 17 Regierungen mit neun Reichskanzlern – wurde eine „starke Partei“ oder ein „starker Führer“ positiv empfunden.

- Unterstützt wurden diese Wirkungen durch die Verfolgung der Politik des Kampfes gegen „Versailles“ und für eine Wiederherstellung einer führenden Rolle unter den europäischen Mächten. Diese Politik wurde voll von den Einstellungen und Empfindungen des Volkes mitgetragen. Im Mittelpunkt stand dabei die Revision der als Unrecht angesehenen Gebietsabtrennungen rein deutscher Territorien (vor allem derjenigen, die in den Wirren nach dem Waffenstillstand und trotz entgegenstehender Volksabstimmungen für einen Verbleib beim Reich abgetrennt wurden bzw. mit denen gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker verstoßen wurde, Beispiel: Verbot des Anschlusses von Deutsch-Österreich an Deutschland), die demütigenden militärischen Abrüstungsaufgaben sowie die untragbaren Reparationen, die eine wirtschaftliche Wiederbelebung Deutschlands ausschlossen.

Zu bemerken ist an dieser Stelle, dass den demokratisch legitimierten Regierungen in Deutschland zwischen 1920 und 1930 alle Konzessionen im Hinblick auf die Revision von „Versailles“ von den Siegermächten verweigert worden waren, während die nachfolgend mit Gewalt herbeigeführten Revisionen durch die NS-Regierung, mit Ausnahme von verbalen Protesten, hingenommen wurden.

- Wegen der deklassierenden Verhandlungen zur allgemeinen Abrüstung trat das Deutsche Reich am 14. Oktober 1933 aus dem Völkerbund und aus der Genfer Abrüstungskonferenz aus. Am 16. März 1935 erfolgte die Wiedereinführung der Allgemeinen Wehrpflicht und in der Folge der Aufbau einer Wehrmacht, die tatsächlich zur Verteidigung des deutschen Reichsgebietes in der Lage war. Mit Eroberungspolitik hatte dies zunächst nichts zu tun. Nach einer Volksabstimmung war am 01.03.1935 das Saarland wieder in das Reich eingegliedert worden und am 07.03.1936 marschierte die Wehrmacht in das bis dahin entmilitarisierte Rheinland ein. Die ehemaligen Kriegsgegner im Westen nahmen es hin. Im Rahmen einer Grundsatzbesprechung enthüllte Hitler am 05. November 1937 den Führern der Wehrmacht und dem Außenminister die nächstliegenden außenpolitischen Absichten: Der Anschluss Österreichs sowie die Zerschlagung der Tschechoslowakei (Einverleibung des Sudetengebietes).

- Mit der Beseitigung des Parlamentarismus und dem Übergang zum „Ein-Parteien-Staat“ verfolgte zwar die NS-Führung einen grundsätzlichen Plan, nutzte aber auch günstige Gelegenheiten.

Als Folge des Reichstagsbrandes am 27.02.1933 wurde die KPD verfolgt und in den Untergrund gezwungen. Die bei den Reichstagswahlen am 05. März 1933 errungenen 81 Parlamentssitze der Partei wurden kassiert. Bei diesen Wahlen festigte die NSDAP ihre Stellung als dominierende Partei mit 43,9 Prozent der abgegebenen Stimmen, die bürgerlichen Parteien (u.a. die DNVP), das Zentrum und die SPD erlitten Verluste. Mit dem Ermächtigungsgesetz vom

23. März 1933, dem „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich“ wurde die Reichsregierung ermächtigt, für die Dauer von vier Jahren Gesetze ohne die Zustimmung des Parlaments auszufertigen und zu erlassen. Die nächsten Schritte folgten schnell: Am 22. Juni 1933 wurde die SPD verboten, am 27. Juni löste sich die ehemalige DNVP auf (nunmehr DNV) auf, am 05. Juli 1933 folgte das Zentrum. Das parlamentarische System war beseitigt. Auch die Gewerkschaften und die Arbeitgebervertretungen (Reichsverband der deutschen Industrie = RDI) wurden am 02. Mai bzw. 22. Mai 1933 entmachtet, die Gewerkschaften in die sogenannte „Deutsche Arbeitsfront“ überführt.

- Ein weiterer Schritt zum totalitären Staat war die sogenannte „Gleichschaltung“ der Länder. Hierbei konnten sich die Nationalsozialisten auf einen durch eine konservative Vorgängerregierung geschaffenen Präzedenzfall stützen: Durch einen staatsstreichartigen Akt der Regierung v. Papen – v. Schleicher war der damalige Reichskanzler v. Papen am 20. Juli 1932 zum „Reichskommissar“ für Preußen bestimmt worden. Damit wurde die zuständige Regierung Braun/Severing weitgehend entmachtet. Die auslösenden Faktoren müssen hier nicht behandelt werden.

Mit seinem Eintritt in die Regierung Hitler/v. Papen im Januar 1933 war v. Papen, zusätzlich zu seinem Amt als Vizekanzler, wiederum zum Reichskommissar für Preußen ernannt worden. Am 06. Februar 1933 übertrug v. Hindenburg die bei der Regierung Braun/Severing verbliebenen Rechte an den Reichskommissar v. Papen.

Am 31. März 1933 erging das „Vorläufige Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich“. Mit einem weiteren Gesetz vom 07. April 1933 wurden für die Länder „Reichsstatthalter“ eingesetzt, die künftig Landesregierungen einsetzen und Landesgesetze erlassen konnten. Nun war auch die föderative Gliederung des Reiches beseitigt.

- Wegen der Rechts- und Verfassungsbrüche, mit denen totalitäre Systeme grundsätzlich an die Macht kommen, sehen sie sich in der Regel durch Umsturzversuche im Inneren gefährdet. Selbst nach der Ausschaltung von Parteien und Opposition und der Formierung eines zentral organisierten Staates gab es diese Befürchtung auch in der NS-Führung.

Wegen des Ausgangs des Reichstagsbrandprozesses sah sich die NS-Führung veranlasst, am 24. April 1934 eine zusätzliche rechtliche Instanz, den Volksgerichtshof, einzurichten. Durch diesen waren politische Delikte, die als Hoch- oder Landesverrat einzuordnen waren, abzuurteilen. Sehr bald wurde dieser Gerichtshof ein Mittel zur Ausschaltung oder Verfolgung von Gegnern des Nationalsozialismus.

Im Zuge der Gleichschaltung der Länder gelang es zwischen November 1933 und Januar 1934, Himmler, dem Führer der SS – einer Parteiformation also,

nicht einem Organ der Exekutive - mit der Ausnahme von zwei Ländern die politischen Abteilungen der Polizeien der Länder zu unterstellen. Ab September 1934 wurde der Aufbau der SS-Verfügungstruppe in die Wege geleitet. Ihre Aufgabe war es – ungeachtet der späteren Verwendung der Waffen-SS an der Front – als Truppe für Staatsschutzaufgaben im Inneren bereit zu stehen.

Auf Betreiben Himmlers, aber auf Weisung Hitlers, begann Ende Juni 1933 der Aufbau des Konzentrationslagers Dachau. Bald festigte sich das System der Konzentrationslager, am 04. Juli 1934 wurde Theodor Eicke Inspekteur der Konzentrationslager und der SS-Wachverbände innerhalb der Organisation der SS.

- Bei der Niederwerfung des so genannten „Röhm-Putsches“ – eines auch heute noch nicht eindeutig geklärten Putsches von rechts – wurde zwischen dem 30. Juni und dem 02. Juli 1934 die Gelegenheit benutzt, Systemgegner aus dem Kreis der konservativen Opposition zu beseitigen: Gustav v. Kahr, der frühere Partner während des Hitler-Putsches von 1923 in München, Kurt v. Schleicher, der ehemalige Reichskanzler und Reichswehrminister, ein entschiedener Gegner Hitlers, General Ferdinand v. Bredow, Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium unter v. Schleicher. Auch für die Ausschaltung politischer Gegner innerhalb der Partei war der Zeitpunkt günstig: Gregor Strasser vom sozialistischen Flügel der NSDAP wurde ermordet.
- Das Ableben des amtierenden Reichspräsidenten v. Hindenburg nutzte die NS-Führung dazu, die Befugnisse Hitlers zu erweitern. Noch bevor v. Hindenburg am 02. August 1934 starb, legte das Reichskabinett mit einem Gesetzesakt fest, dass das Amt des Präsidenten mit dem des Reichskanzlers zusammenzuführen sei. Das Ermächtigungsgesetz, das der Regierung die Befugnis einräumte, neues Verfassungsrecht zu setzen, bildete vordergründig dazu die Grundlage. Dazu bedurfte es aber einer angreifbaren Interpretation. Noch am 02. August, am Tag der Amtsübernahme, wurden die Soldaten der aufwachsenden Wehrmacht auf den neuen Obersten Befehlshaber, den „Führer Adolf Hitler“, vereidigt.

4. Die Anfänge von Opposition und Widerstand bis September 1938

Da sich die Reichswehrführung wie auch das Führerkorps der sich formierenden Wehrmacht in ihrer Aufgabe, einziger Träger der Landesverteidigung zu sein, durch die Bestrebungen Röhrs (Stabschef der SA), ein Massenheer mit Milizcharakter zu schaffen, bedroht sah, war die Ausschaltung der SA-Führung bei der Generalität der Wehrmacht auf nicht allzu große moralische oder rechtliche Kritik gestoßen – nicht nur die Tötung von Systemgegnern wie Strasser oder v. Schleicher, auch die Liquidierung der SA-Führer waren staatlich organisierter und

vollzogener Mord. Das Ziel, die Ausschaltung eines „gefährlichen“ Gegners für das Selbstverständnis der Armee, heiligte die Mittel.

Auch der Bruch der Verfassung mit der Zusammenführung der beiden Ämter Reichskanzler und Reichspräsident in der Person Hitlers, mit quasi-diktatorischen Vollmachten war der Wehrmachtführung bewusst. Das „Unbehagen“ im Führerkorps war offensichtlich, zu Protesten aber kam es nicht.

Wir hatten ausgeführt, dass sowohl die Aufrüstung als auch die Umwandlung der Reichswehr zur Wehrmacht und die Außenpolitik Hitlers gegen die Auflagen von „Versailles“ durch die führenden Militärs mitgetragen wurden. Über die Zielsetzung gab es keinen moralischen Dissens, allerdings unterschiedliche Auffassungen über den zeitlichen Vollzug der einzelnen Schritte.

Seine Absichten zum territorialen Raumgewinn, zur Schaffung von „Lebensraum“ für das deutsche Volk, wie Hitler es nannte, offenbarte der Diktator in einer Besprechung am 05. November 1937 (s. oben). Diese Besprechung erhielt durch das so genannte Hoßbach-Protokoll eine historische Bedeutung. Bei dieser Besprechung waren anwesend: v. Blomberg als Reichskriegsminister, die Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte, darunter Generaloberst v. Fritsch (Oberbefehlshaber des Heeres), der Reichsaußenminister v. Neurath und Oberst Hoßbach, der Wehrmachtsadjutant Hitlers. Dieser fertigte nachträglich ein Protokoll über den Inhalt und Ablauf der Besprechung an.

Nach den Erkenntnissen der historischen Forschung scheint es erwiesen zu sein, dass Hitler bei dieser Gelegenheit keinesfalls weitgehende territoriale Absichten enthüllte, sondern allenfalls politische Nahziele. Ob sich dahinter ein machtpolitischer „Stufenplan“ verbarg, muss an dieser Stelle nicht erörtert werden.

Die Einwände der anwesenden Militärs richteten sich keinesfalls gegen die politischen Bestrebungen und Annahmen des Diktators, sondern vor allem gegen die zeitlichen Vorstellungen zur Verwirklichung, noch mehr aber dagegen, dass Hitler hiermit eine Gewaltpolitik einleiten wollte und dabei selbst das Risiko eines Krieges mit Frankreich und Großbritannien, ggfs. mit weiteren Staaten in Europa, hinnahm.

Sowohl durch v. Blomberg wie auch durch v. Fritsch und den Außenminister v. Neurath wurden Vorbehalte und Einwände gegen gewaltsame Grenzveränderungen in Europa, die zu einem allgemeinen Krieg führen mussten, geltend gemacht. Hoßbach leitete sein Protokoll nach der Besprechung General Beck, dem Generalstabschef des Heeres, zu. Dieser fand die Absichten Hitlers „niederschmetternd“. Er wandte sich nachfolgend mit insgesamt drei Denkschriften gegen die politischen Absichten Hitlers. Die Denkschriften enthielten, neben einzelnen moralischen und rechtlichen, vor allem sachliche Einwände. Zeitlich reichten sie bis in den Sommer 1938, als schon der Anschluss Österreichs vollzogen war, und die konkrete Absicht Hitlers zur Zerschlagung der Tschechoslowakei immer deutlicher wurde.

Die Ablehnung einer kriegerischen Aktion gegen die Tschechoslowakei dürfte in der oberen militärischen Führung weit verbreitet gewesen sein. Bei der Annahme eines zwangsläufigen Eingreifens von Frankreich und Großbritannien war diese auch begründet. Sowohl von den Stärkeverhältnissen her wie vom Stande der Aufrüstung war die Wehrmacht im Sommer 1938 den Armeen der Tschechoslowakei, Frankreichs und Großbritanniens unterlegen. Hinzu kam, dass bei einem Angriff die im Zuge der Grenze angelegte „tschechische Maginot-Linie“ zu überwinden war. Wie sich Polen und die Sowjetunion im Konfliktfall verhalten würden, war nicht abzusehen.

Die militärische Führung, an der Spitze Generalstabschef Beck, schätzte die politischen Befindlichkeiten in den westlichen Ländern, vor allem aber die Bereitschaft, erneut einen Krieg in Europa zu führen, vollkommen falsch ein. Hier war ihr der Instinktpolitiker Hitler in seinem Gespür überlegen, wie sich später zeigen sollte. Eine Koalition in der genannten Zusammensetzung gegen das Deutsche Reich stand real nie zur Debatte.

Inzwischen hatten sich oppositionelle Gruppierungen zusammengefunden. Im zivilen Bereich nahm der ehemalige Oberbürgermeister von Leipzig, Karl Goerdeler, eine gewisse Führungsrolle ein. Hierzu kamen Oppositionsgruppen aus verschiedenen Organisationsbereichen mit einem Schwerpunkt im Auswärtigen Amt, wie Adam v. Trott zu Solz, Hans-Bernd von Haefen oder die Brüder Kordt. Ihre Bestrebungen waren zunächst nicht auf eine Beseitigung des Systems gerichtet, eher auf eine Reformierung und auf den Versuch, über Auslandskontakte die britische und die französische Regierung zu überzeugenden Gegenpositionen zu bewegen.

Auch innerhalb der Wehrmacht baute sich langsam eine Gruppe von Regimegegnern, die aus unterschiedlichen Gründen den Nationalsozialismus ablehnten, auf. Neben General Beck, dem Generalstabschef des Heeres, zählten dazu Generalleutnant Halder, als Oberquartiermeister I (Abteilungsleiter) Becks Stellvertreter, auch dessen Nachfolger, Generalleutnant Carl v. Stülpnagel, als Halder nach der Verabschiedung Becks im September 1938 Generalstabschef des Heeres geworden war. Der Oberbefehlshaber des Heeres selbst, Generaloberst v. Brauchitsch, lehnte zwar die Kriegsplanungen Hitlers ab, nahm aber insgesamt eine schwankende Haltung ein.

Zu den Regimegegnern zählte General v. Witzleben, der Befehlshaber im Wehrkreis III (Berlin) sowie der im Zuge der Fritsch-Krise vorläufig verabschiedete General Ritter v. Leeb. Eine starke Oppositionsgruppe hatte sich im Amt Abwehr des OKW um den Amtschef, Admiral Canaris, den Leiter der Zentralabteilung, Oberst Oster, sowie den Leiter der Abwehrabteilung II, Oberstleutnant Lahousen, versammelt: Der Münchner Rechtsanwalt Dr. Josef Müller, Major Groscurth als Verbindungsoffizier zum OKH und der spätere Sonderführer im Amt Abwehr, Hans v.

Dohnanyi, der – wie andere - im Verlauf der Fritsch-Krise Gegner des NS-Systems geworden war.

Einen weiteren Schritt, eine ggfs. opponierende Wehrmachtsführung einzugrenzen vollzog die NS-Führung im Zusammenhang mit der sogenannten v. Blomberg/v. Fritsch-Affäre ab Januar 1938. Wie ausgeführt waren weder der Reichskriegsminister, Generalfeldmarschall v. Blomberg, noch der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Fritsch, ausgesprochene Gegner des Nationalsozialismus, obwohl sie sich in der Besprechung vom 05. November 1937 gegen Hitlers praktizierte Politik gewendet hatten. So sind Behauptungen, Hitler habe diese Affäre bewusst herbeigeführt, in den Bereich der Spekulation zu verweisen. Als allerdings der „Skandal“ da war, hat die NS-Führung diesen skrupellos zur Eingrenzung einer möglichen Opposition gegen die Regierung genutzt. Der Ablauf lässt sich schlagwortartig zusammenfassen:

- Ende Januar 1938 wurde bekannt, dass der Reichskriegsminister v. Blomberg eine Dame mit „fragwürdiger Vergangenheit“ (ehemalige Prostituierte) geheiratet hatte. Nach den Moralvorstellungen der Zeit ein unglaublicher Skandal, der umso größer war, da v. Blomberg Hitler und Göring als Trauzeugen seiner Hochzeit „missbraucht“ hatte. Auch im oberen Führerkorps wurde der Skandal als solcher empfunden. Dies erklärt u.a. warum später Gegenvorstellungen nur mit großer Zurückhaltung im Zusammenhang mit den folgenden Ereignissen vorgebracht worden sind.
- Begleitet von Vertuschungsmaßnahmen musste v. Blomberg am 26. Januar 1938 vom Amt zurücktreten. Wer sollte der Nachfolger werden? Infrage kam der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Fritsch. Im Zusammenhang mit diesen Überlegungen wurde überraschend die Behauptung erhoben, dass v. Fritsch eine homosexuelle Veranlagung habe, als Beweis wurde ein „Strichjunge“ präsentiert. Wegen dieser Behauptungen/Vorwürfe kam v. Fritsch nun nicht mehr als Nachfolger als Reichskriegsminister und Oberbefehlshaber der Wehrmacht in Frage.
- V. Reichenau, als ehemaliger Chef des Ministeramtes im Reichswehrministerium, wurde wegen seiner Affinität zum Nationalsozialismus im militärischen Führerkorps abgelehnt. Göring, der sich selbst ins Spiel gebracht hatte, wurde von Hitler ausgeschlossen. Kompromisskandidat war General v. Brauchitsch, zu dieser Zeit Oberbefehlshaber des Gruppenkommandos 4 in Leipzig. v. Fritsch musste am 04. Februar 1938 von seinem Amt zurücktreten – v. Brauchitsch wurde am gleichen Tage sein Nachfolger.
- Nun war die Gelegenheit zur Schaffung einer neuen Spitzengliederung gegeben. Das Reichskriegsministerium wurde aufgelöst, das „Oberkommando der Wehrmacht“ wurde geschaffen. Oberbefehlshaber der Wehrmacht wurde Hitler selbst, er führte die Oberbefehlshaber der Teilstreitkräfte unmittelbar. Sein

Führungsorgan war das OKW, dessen Chef als Führungsgehilfe Hitlers, der spätere Generalfeldmarschall Keitel wurde. Mehr als Chef de Bureau wurde jedoch Keitel nie.

- Im Führerkorps der Wehrmacht wie im Auswärtigen Amt erfolgte ein umfangreiches Revirement. Als Beispiele im Bereich der Wehrmacht seien genannt: Der Wehrmachtsadjutant Oberst Hoßbach wurde durch den dem Nationalsozialismus zugeneigten Major Schmudt (dieser wurde im Oktober 1942 als Generalleutnant auch noch Chef des Heerespersonalamtes) abgelöst. Der bisherige konservative Chef des Heerespersonalamtes, General v. Schwedler, wurde durch General Bodewin Keitel, den Bruder des Chefs OKW, ersetzt. Damit war der unmittelbare Einfluss Hitlers auf die Personalführung der Offiziere sichergestellt. Zu den vorübergehend verabschiedeten Generalen gehörten u.a. Ritter v. Leeb, Befehlshaber des Gruppenkommandos 2 oder General v. Kleist, Kommandierender General des VIII. Armeekorps in Breslau. Zu den Generalen, die auf unbedeutende Dienstposten versetzt wurden, gehörte General v. Manstein, von 1936 bis 1938 Oberquartiermeister I (Vorgänger Halders).

Im Auswärtigen Amt wurde Außenminister v. Neurath verabschiedet. Joachim v. Ribbentrop, bisher Botschafter in London, wurde sein Nachfolger, ein unbedingter Befürworter Hitlerscher Expansionspolitik. Ebenso gab es Veränderungen im Diplomatischen Korps, u.a. wurde Ulrich v. Hassell von seinem Botschafterposten in Rom abgelöst. v. Hassell war später einer der entschlossensten Gegner des NS-Systems im dann organisierten Widerstand.

Der Triumph, den Hitler mit dem glanzvollen Anschluss Österreichs an sich binden konnte, machte es noch schwieriger, gezielte Aktionen der Opposition auf den Weg zu bringen.

Dennoch war der stets nur schwer wägende und zögerliche General Beck im Laufe des Sommers bereit, über verbal vorgebrachte Proteste oder schriftlich ausgearbeitete Gegenvorschläge hinaus konkrete Schritte der Heeresführung gegen den eigenen Oberbefehlshaber voranzutreiben. Dabei musste aber der Oberbefehlshaber des Heeres, Generaloberst v. Brauchitsch, einbezogen werden. Während einer gemeinsamen Besprechung der Heeresgeneralität bis zur Ebene der Kommandierenden Generale am 04. August 1938 gelang es nicht, eine geschlossene Front zu bilden. In der Bewertung der Frage, ob bei einem Angriff gegen die Tschechoslowakei unvermeidlich die Westmächte eingreifen würden, äußerten die Generale Busch und v. Reichenau abweichende Meinungen. Die Frage der Androhung eines geschlossenen Rücktritts der Generale wurde durch v. Brauchitsch danach gar nicht mehr aufgeworfen. Die Folgen waren dramatisch: Am 18. August 1938 reichte General Beck seinen Rücktritt ein. Er wurde ohne längeres Zögern von Hitler angenommen. Neuer Generalstabschef wurde General

Halder, der wiederum als Nachfolger Mansteins Oberquartiermeister I und Stellvertreter des Generalstabschefs gewesen war.

Halder war hinsichtlich der Entschlossenheit, Hitler notfalls durch einen Staatsstreich zu entmachten, ein anderes Kaliber als Beck. Unmittelbar nach seinem Amtsantritt ließ Halder wegen der ansteigenden Spannungen im Verhältnis zur Tschechoslowakei Planungen zum gewaltsamen Sturz des Systems anlaufen. Die mittlerweile aufgewachsenen oppositionellen Gruppierungen im zivilen wie im militärischen Bereich wurden bereits genannt. Eine geschlossene Organisation gab es allerdings nicht. Auch in der Frage, wie mit der Person des Staatschefs nach einem Umsturz zu verfahren sei, ebenso im Hinblick auf die staatliche Ordnung „danach“, bestand keine Einigkeit.

In die Umsturzplanungen waren die beschriebenen zivilen Oppositionsgruppen, zu denen nun auch der verabschiedete General Beck zu rechnen war, einbezogen. Kontakte waren hergestellt worden zu Staatssekretär v. Weizsäcker im Auswärtigen Amt.

Die Führungs- und Planungsverantwortung lag bei der militärischen Oppositionsgruppe im Oberkommando des Heeres um Generalstabschef Halder, General v. Stülpnagel und den späteren Generalquartiermeister Eduard Wagner, im September 1938 Leiter der 6. Abteilung (Logistik) im OKH sowie bei den Regimegegnern im Amt Abwehr des OKW, wobei Oberst Oster eine Schlüsselrolle einnahm. Für den realitätsbewussten Halder, der sich über die Risiken eines Staatsstreichs im Klaren war, lag auf der Hand, dass der Staatsstreichversuch eines konkreten Auslösers bedurfte: Die Weisung zum militärischen Vorgehen gegen die Tschechen. Mitwirkender am Umsturz sollte General Adam sein, der Befehlshaber des Gruppenkommandos in Kassel. Die eigentliche Verantwortung für die Durchführung lag bei General v. Witzleben, Befehlshaber im Wehrkreis III. Dieser wiederum verfügte als durchführende Truppe über die 23. Infanteriedivision in Potsdam (Kommandeur: Graf Brockdorff-Ahlefeldt) sowie über das 50. Infanterieregiment der 3. Infanteriedivision in Landsberg an der Warthe (Kommandeur: Oberst v. Hase). Zur Abschirmung Berlins war in Thüringen/Sachsen die 1. Leichte Division unter General Hoepner vorgesehen. Aufgabe der 23. Infanteriedivision war es, Organe der Reichsregierung (Reichskanzlei, Ministerien), Polizeistationen, Rundfunksender und Fernmeldeanlagen zu besetzen bzw. auszuschalten. Unter der Führung von Graf Helldorf, dem Polizeipräsidenten von Berlin, und seinem Stellvertreter, Graf v.d. Schulenburg, erwartete man, dass sich die Polizei in Berlin einem Putsch zumindest nicht entgegenstellen würde. Um den 15. September 1938 meldete v. Witzleben die Staatsstreichvorbereitungen für abgeschlossen. Wie mit Hitler zu verfahren sei, darüber wurden drei Möglichkeiten diskutiert: Verhaftung und Aburteilung durch ein entsprechendes Gericht, Verhaftung und Erklärung zum Geisteskranken durch ein Ärztekonsilium, Tötung beim zu erwartenden Widerstand bei der Besetzung der Reichskanzlei. Unter der Hand hatte der

Führer eines „Stoßtrupps“, der die Reichskanzlei besetzen sollte, Hauptmann Heinz von der Abwehr, die Absicht, Hitler auf alle Fälle zu töten.

Am 13. September 1938 hatte der britische Premierminister Chamberlain erklärt, sich an jedem beliebigen Ort mit Hitler zu treffen, um eine Lösung des Sudeten-Problems zu finden. Am 15. September trafen sich Hitler und Chamberlain in Berchtesgaden. Der Anschluss des Sudetenlandes an das Reich wurde quasi festgelegt. Hitler erhöhte jedoch den Druck auf die Westmächte, die ihrerseits die Tschechen weiter unter Druck setzten. Es folgte die Erpressung Hitlers bei der Konferenz in Bad Godesberg am 22. September. Krieg schien unvermeidlich, bis Hitler unter dem Einfluss von Mussolini bei der Konferenz in München nachgab. Bei der Konferenz in München (Italien als Mittler, Frankreich, Großbritannien und Deutschland) am 29. September 1938 wurde ein Kompromiss zu Lasten der Tschechen gefunden. Jede Lageänderung im Verhandlungsablauf hatte in den Kreisen der deutschen Opposition entweder Verzweiflung hervorgerufen in Bezug auf die eigene falsche Beurteilung der Lage oder das Gefühl der Rechtfertigung bei jedem erpresserischen Schachzug des Diktators. Schließlich hatte Hitler einen neuen überwältigenden außenpolitischen Erfolg erzielt.

„Auf der Verliererseite standen Hitlers innere Widersacher. Nicht nur, dass sie von einem Tag auf den anderen....von ernstzunehmenden Gegnern zu einer ‚Gruppe von Querulanten‘ abgefallen waren und auf das Maß eines Polizeiproblems zurückgestuft wurden...vielmehr bedeutete München auch ein Schlag gegen ihre politische Urteilskraft, der nicht ohne Einfluss auf ihr Ansehen bleiben konnte“ so schildert es Joachim Fest. Ergänzend kamen hinzu die fatalen Rückwirkungen auf die Selbsteinschätzung der eigenen Position.

5. Stillstand: Vom Münchner Abkommen bis zum Beginn des Russlandfeldzuges

Bevor in der Schilderung des zeitlichen Ablaufs fortgefahren wird, erscheint ein Hinweis angebracht: Fast alle Persönlichkeiten, die bisher als Akteure der zivilen oder militärischen Opposition genannt worden sind, waren später, in der eigentlichen Phase der Vorbereitung und der Durchführung des Staatsstreichs etwa ab Herbst 1943 in den Kreis der aktiv Handelnden einbezogen; vorausgesetzt, sie hatten bis dahin im Verlauf des Krieges nicht ihr Leben verloren und sie übten dienstliche Verwendungen aus, die für die Widerstandsaktivitäten von Bedeutung waren.

Wir hatten oben ausgeführt, in welchem Ausmaß das Münchner Abkommen als Rückschlag aufgenommen worden ist. Dagegen stellen die Historiker heute fest, dass die Staatsstreichplanungen im September 1938 von der Organisation wie von den Zielsetzungen her, vor allem aber wegen der Verlässlichkeit der zur

Verfügung stehenden Truppen, die größten Erfolgsaussichten aller jemals vorgesehenen Umsturzversuche hatten.

Nun war nicht mehr zu tun, als den Bestand zu erhalten und die weitere Entwicklung abzuwarten. Im Offizierskorps war es zu geistigen Spaltungen gekommen, gerade die jüngeren Offiziere, die im NS-System ihre Laufbahn begonnen hatten, zeigten sich von den Erfolgen des Nationalsozialismus begeistert. Dagegen bauten sich durch die praktizierte Politik im Inneren, durch die Verfolgung von Regimegegnern, durch den Kirchenkampf, vor allem aber durch die Diskriminierung der deutschen Juden, moralische Bedenken und Forderungen auf. Ein Beispiel: Der junge Generalstabsoffizier Claus von Stauffenberg, bereits abgestoßen durch die Personalquerelen während der v. Fritsch-Affäre, zeigte sich empört nach den Judenpogromen im Zusammenhang mit dem 09. November 1938.

Im Zusammenhang mit der Zerschlagung der „Rest-Tschechei“, wie auch durch die von Hitler vorangetriebene „Lösung des polnischen Problems“, zeigten die Westmächte ihre Entschlossenheit, nicht weiter auf Appeasement zu setzen und für ihre Interessen zu kämpfen. Die Kriegserklärung Frankreichs und Großbritanniens am 03. September 1939 an Deutschland bestätigte endlich die pessimistischen Annahmen der deutschen Opposition. Dies half ihr aber in der gegebenen Lage auch nicht weiter.

Der Verlauf des Feldzuges gegen Polen wie die anschließende Besatzungsherrschaft riefen zwei Wirkungen hervor – den Stolz über den glänzenden Sieg der Wehrmacht, aber auch die anwachsenden moralischen Forderungen, vor die sich die Wehrmachtführung gestellt sah: Das Zusammengehen mit Stalin, die Repressionen gegen die polnische Bevölkerung wie auch die Kriegsverbrechen, die durch SS und Einsatzgruppen begangen worden sind. Die Proteste des Generals v. Küchler, Oberbefehlshaber einer Armee, sowie des Generals Blaskowitz, nach der Beendigung des Feldzuges Oberbefehlshaber Ost, zeigten, dass das moralische Fundament wenigstens in einem gewissen Umfang noch in Ordnung war. Generaloberst v. Brauchitsch bezog keine eindeutige Position. Die Vorbehalte im oberen Führerkorps waren aber offensichtlich. Hitler entzog die Verantwortung für die Verwaltung des Landes der Militärverwaltung und übertrug sie an die Zivilverwaltung unter dem „Generalgouverneur“ Hans Frank. Für die Heeresführung war das Problem gelöst, mit den Verbrechen der NS-Organe hatte man auf diese Weise nichts zu tun?

Der bevorstehende Westfeldzug im Herbst 1939 ließ noch einmal Umsturzabsichten aufkommen. Durch eine Entmachtung des Diktators sollte eine Ausweitung des Krieges, so wie ihn die Opposition befürchtete, verhindert werden. Neben Halder schien auch v. Brauchitsch für einen Militärputsch offen zu sein. Wiederum sollte der Angriffsbefehl Hitlers der Auslöser zur Aktion sein. Aus unterschiedlichen Gründen musste der Angriff im Westen von mal zu mal verschoben werden. Die Akteure waren die gleichen Personen wie vor einem Jahr. Wo war jedoch nun

die Truppe, die den Umsturz herbeiführen sollte? Wohl hatte Generaloberst Ritter v. Leeb, Oberbefehlshaber einer der drei im Westen stehenden Heeresgruppen, der Heeresführung mitgeteilt, für den Umsturz zur Verfügung zu stehen. v. Witzleben führte nun die 1. Armee an der Westfront. Man setzte auf den „Automatismus der Befehlswege“, das Prinzip von Befehl und Gehorsam. Wenn der Befehl „von oben“ kam, würde ihn die Truppe schon ausführen. Deswegen war es erforderlich, dass nicht nur der Generalstabschef, sondern auch der Oberbefehlshaber des Heeres zum Staatsstreich bereit war.

Am 5. November 1939 wurden Halder und v. Brauchitsch zu Hitler befohlen, offensichtlich um den Befehl zum Angriff zu erhalten. Nochmals unternahm v. Brauchitsch den Versuch, Hitler den Angriff auszureden. Als er bei seinen Argumenten auch Zweifel an der Schlagkraft der Truppe äußerte, drehte Hitler durch, wohl auch durch die vorangegangenen fortwährenden Gegenvorstellungen erbittert. Er wütete gegen den „Geist von Zossen“ (Zossen war das Kriegshauptquartier des OKH), mit dem er unnachsichtig „aufräumen“ würde.

Halder, der von v. Brauchitsch über den Auftritt informiert worden war, verfiel in Panik und befahl, alle Umsturzplanungen einzustellen. Von Gerüchten bestimmt, nahm er an, Hitler habe von den Putschplänen erfahren. Wenige Tage später, am 08. November, kam die Nachricht vom gescheiterten Attentat gegen Hitler im Münchner Bürgerbräukeller durch den Einzeltäter Georg Elser. Bei den nunmehr verschärften Sicherheitsmaßnahmen erschienen weitere Umsturzmaßnahmen aussichtslos.

Das erneute Scheitern eines geplanten Staatsstreichs innerhalb eines Jahres führte zu einer Identitätskrise im nunmehr aufgewachsenen Widerstand. Das NS-System mit Gewalt zu beseitigen, schien, in einem Krieg stehend, bei dem es um die Existenz der Nation ging, ausgeschlossen zu sein.

Dies verdichtete sich im Laufe der Zeit, als die Wehrmacht einen glänzenden Sieg nach dem anderen errang: Die Besetzung Dänemarks und Norwegens ab dem 09. April 1940, das Niederwerfen Frankreichs im Feldzug ab Mai 1940 mit der Vertreibung der Briten vom Kontinent; die Ausschaltung Jugoslawiens und Griechenlands einschließlich der Eroberung der Insel Kreta im April/Mai 1941.

Wie der Sieg gegen Frankreich nach einigen Wochen auf die Befindlichkeiten der Generale wirken musste, die während des 1. Weltkrieges vier Jahre vergeblich an der Front in Frankreich gekämpft hatten, ist leicht vorstellbar – Hitler, „der größte Feldherr aller Zeiten“? In diesem Zusammenhang blieb auch die Absage des Unternehmens „Seelöwe“, die Landung auf den britischen Inseln, und die Niederlage in der Schlacht um England ohne nachhaltige Wirkungen.

Für die Dauer von fast zwei Jahren erfolgten durch den deutschen Widerstand keine wesentlichen Aktionen mehr. Zu erwähnen wären allenfalls die Versuche des bereits genannten Oberst Oster, nunmehr Generalmajor Oster, bei mehreren Gelegenheiten den vorgesehenen Angriffstermin im Westen über die Holländer

an den Gegner weiterzugeben – das Handeln eines „Einzeltäters“, das schon seinerzeit in den Widerstandskreisen umstritten war. Durch die Offenlegung der geplanten Angriffe sollte möglichst ein militärischer und damit ein politischer Rückschlag des Systems herbeigeführt werden, damit sich für den Widerstand neue Handlungsmöglichkeiten ergeben würden. Verrat oder ethisch begründetes Handeln? War damit nicht eine Grenze zwischen „Hochverrat“, also dem Handeln gegen die eigene nicht mehr legitimierte Regierung und dem „Landesverrat“ überschritten, der nur dem Kriegsgegner nützte und die eigene „Sache“ schädigte? Wir sollten uns glücklich schätzen, als Handelnde in der Zeit nicht vor solche Problemkomplexe gestellt zu werden. Die Antwort über „falsch“ oder „richtig“ sollte sich der Leser selbst geben.

Zu einer Wiederbelebung der Organisation und der Aktivitäten kam es erst mit dem geplanten Feldzug gegen die Sowjetunion ab Juni 1941.

6. Zwischenbewertung

Zur Zusammenfassung der bisherigen Ausführungen und als Überleitung zum nächsten Abschnitt soll an dieser Stelle ein Überblick über die verschiedenen Gruppierungen des Widerstandes gegeben werden. Eine geschlossene Organisation gab es nicht, bis Oberst Graf Stauffenberg im Herbst 1943 in seiner Dienststellung im Allgemeinen Heeresamt bzw. beim Befehlshaber des Ersatzheeres eine gewisse Führungsrolle übernommen hatte.

Innerhalb der Wehrmacht gab es die Gruppierungen im Oberkommando der Wehrmacht, im Amt Abwehr des OKW, im Allgemeinen Heeresamt (dieses war dem Oberkommando des Heeres unterstellt) sowie, im Laufe des Krieges aufwachsend, im Stab der Heeresgruppe Mitte in Russland sowie in den Stäben der Heeresgruppe B/Militärbefehlshaber in Frankreich. Durch persönliche oder familiäre Bindungen und gemeinsame ethische Überzeugungen gab es sowohl im Infanterieregiment 9 als auch im Reiter- bzw. Kavallerieregiment 17 in Bamberg eine Häufung von Offizieren, die sich dem Widerstand anschlossen, ohne dass dabei vom „Regiment im Widerstand“ gesprochen werden kann.

Die personelle Zusammensetzung der Gruppierungen in den Stäben in Russland und Frankreich oder im Allgemeinen Heeresamt wird gleich nachfolgend bzw. in späteren Abschnitten behandelt.

Im Amt Abwehr des OKW waren wohl alle Abteilungsleiter mit dem Widerstand verbunden. Zum Kreis um General Oster waren im Laufe der Zeit Pastor Dietrich Bonhoeffer, die Sonderführer Justus Delbrück und Karl-Ludwig Freiherr von Guttenberg sowie Hauptmann Ludwig Gehre gestoßen.

Im Generalstab des Heeres war Halder im September 1942 nach einem Zerwürfnis mit Hitler in den Ruhestand versetzt worden. Beide Nachfolger, zunächst Generaloberst Zeitzler, danach Generaloberst Guderian, waren wohl in die Umsturzplanungen eingeweiht, verweigerten ihre Teilnahme, denunzierten aber auch

nicht. Das Gleiche gilt für General Heusinger, den Leiter der Operationsabteilung. General Stieff, der Leiter der Organisationsabteilung, und die jüngeren Generalstabsoffiziere Stauffenberg, Klamroth, Kuhn oder Smend (Adjutant Zeitler) waren Mitglieder des Widerstandskreises.

7. **Widerstand im Stab der Heeresgruppe Mitte**

Um den Widerstand erneut zu Aktionen zu veranlassen, bedurfte es stärkerer rechtlicher, moralischer wie auch sachlicher Auslöser. Diese waren mit den Vorbereitungen, dem Beginn und den ersten Phasen des Russlandfeldzuges („Barbarossa“) gegeben. Zentrale Führungsfigur der sich im Stab der Heeresgruppe Mitte bildenden Widerstandsgruppierung war der Ia (1. Generalstabsoffizier, heutzutage G3), Henning v. Tresckow. Sein Onkel, FM v. Bock, war Oberbefehlshaber der Heeresgruppe.

Man kann davon ausgehen, dass ohne die Tatkraft, das Stehvermögen und die organisatorischen Fähigkeiten v. Tresckows und später seines Freundes v. Stauffenberg der Staatsstreich vom 20. Juli 1944 nie zustande gekommen wäre.

Ursprünglich durchaus positiv gegenüber dem Nationalsozialismus eingestellt, war v. Tresckow mit Beginn des Frankreichfeldzuges vor allem aus militär-fachlichen Beweggründen zum Gegner des Regimes geworden. Abgestoßen von der „willfähigen Generalität“ während der Fritsch-Affäre, hatte er vorübergehend die Absicht, aus der Armee auszuscheiden. v. Tresckow wird als ein Offizier mit einer gewissen Neigung zum moralischen Rigorismus beschrieben, ein deutscher Patriot mit einer starken religiösen Bindung und einem ausgeprägten Ehrgefühl, eine Verkörperung des „Preußischen“ - die Person steht hinter der Sache, hinter der Pflicht zurück, ggfs. bis hin zum Selbstopfer.

Chef des Stabes bei der Heeresgruppe Mitte war General v. Greiffenberg, weder ein entschiedener Gegner noch ein überzeugter Befürworter der NS-Expansionspolitik. Zweifellos sind ihm bestimmte Auffassungen in seinem Stabe nicht entgangen, unterbunden hat er sie nicht. Zwischen 1941 und dem Frühjahr 1943 hatte Tresckow eine ganze Reihe von Regimegegnern oder überzeugten Widerständlern im Stabe versammelt: Der Ic (heutzutage G2) war Oberst v. Gersdorff, der Ia/op Oberstleutnant i.G. (später Oberst) Schulze-Bütger, der Ib (heutzutage G4) Oberstleutnant i.G. Bernd v. Kleist. Tresckows persönlicher Ordonnanzoffizier war Oberleutnant v. Schlabrendorff. Im Stabe dienten als Adjutanten oder Ordonnanzoffiziere des Oberbefehlshabers Oberstleutnant Graf v. Hardenberg und Oberleutnant Graf v. Lehndorff, die Brüder Georg und Philipp v. Boeselager (die später das Kavallerieregiment Mitte aufbauten). Hinzu kamen andere Generalstabsoffiziere oder Offiziere im Stabe wie Major i.G. v. Oertzen, Oberstleutnant i.G. v. Voß (Nachfolger Schulze-Bütgers), Major Schach v. Wittenau, Hauptmann Graf v. Matuschka oder Rittmeister v. Breitenbach.

Wie die oben stehende Aufstellung zeigt, war im Stabe der Heeresgruppe Mitte *„die zahlenmäßig stärkste Oppositionsgruppe konzentriert, die je existierte“*.

Hitler und seine Unterstützer in der NS-Führungsschicht führten den Krieg gegen die Sowjetunion nicht nur aus militärstrategischen Gründen („Blockadesicherheit“ vor dem zu erwartenden Kriegseintritt der USA), sondern auch als Weltanschauungs- und Vernichtungskrieg im Rahmen der NS-Ideologie gegen den antagonistischen Gegner, den Bolschewismus und das angeblich damit verbundene internationale Judentum. Dabei wurde aus ideologischen Gründen („slawisches Untermenschentum“) nicht zwischen der bolschewistischen Führungsschicht und der Bevölkerung unterschieden, die selbst der Willkür dieser Führungsschicht ausgesetzt war.

In die militärischen Operationen zur Niederwerfung der Roten Armee waren folgende Elemente des Weltanschauungskrieges einbezogen:

- Die verbrecherische Befehlsgebung in der Vorbereitung des Feldzuges – Kommissarbefehl oder Gerichtsbarkeitserlass, mit dem sowohl kriminelles Vorgehen gegen die Bevölkerung durch die Soldaten der Wehrmacht als auch umgekehrt die Ahndung begangener Straftaten gegen die Wehrmacht der Verfolgung durch die Militärjustiz entzogen und auf truppendienstliche Vorgesetzte übertragen wurde.
- Die rücksichtslose Ausbeutung des Landes, vor allem in den Gebieten, die der Zivilverwaltung unter „Reichskommissaren“ unterstellt waren.
- Die Repression der Bevölkerung und ihr Missbrauch zur Zwangsarbeit.
- Die Eliminierung der jüdischen Bevölkerungsanteile durch die vier Einsatzgruppen des SD und der Sicherheitspolizei. Sie wurden unterstützt durch eine ganze Anzahl von Bataillonen der Ordnungspolizei.
- Die Missachtung des Völkerrechts bei der Behandlung von Kriegsgefangenen der Roten Armee.
- Die Verstöße gegen das Recht und gegen humanitäre Regeln bei der Bekämpfung sowjetischer Partisanen.
- Dabei ist zu bemerken, dass die Eskalation im Partisanenkampf zwar als Reaktion auf die insgesamt völkerrechtswidrige Kampfweise sowjetischer Partisanen zurückzuführen war, aber die unterschiedslose Repression – über die genannten Verstöße gegen das Recht und die Humanität hinaus – sich auch im Hinblick auf den angestrebten Erfolg gegen die Deutschen richtete, weil sie wegen ihres Ausmaßes die Bevölkerung in die Arme der Partisanen trieb.

Hierbei darf nicht vernachlässigt werden, dass auf Weisung der politischen und der militärischen Führung durch die Truppen der Roten Armee die Vorgaben des Völkerrechts, insbesondere die Regeln der Haager Landkriegsordnung von 1907

nicht beachtet wurden und auf sowjetischer Seite gleichartige Kriegsverbrechen begangen worden sind: Deutsche Kriegsgefangene wurden mit Beginn des Feldzuges getötet oder während des Krieges bzw. nach Kriegsende bis weit in die 50er Jahre hinein zur Zwangsarbeit eingesetzt. Die Todesrate deutscher Kriegsgefangener dürfte annähernd jener entsprechen, die bei russischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam zu beklagen sind. Beim Vordringen ab 1944 in den osteuropäischen Ländern und bei der Besetzung Deutschlands im Frühjahr 1945 wurden Massenverbrechen in unvorstellbarer Weise gegen die Bevölkerung verübt. Erörterungen über die Frage Ursache – Wirkung helfen hier nicht weiter. Wenn man für die sowjetische Seite auf „slawisches Untermenschentum“ und „asiatische Horden“ verweist, welche moralische Kategorisierung trifft dann auf die deutsche Kriegführung zu?

Die Entartung einer inhumanen Kriegführung war den Offizieren dieses Stabes durch eigenes Erleben, durch die Zusammenarbeit mit anderen deutschen Behörden auf dem Kriegsschauplatz und durch die Meldungen der unterstellten Truppen bewusst, auch wenn sie sich vorwiegend in den Rückwärtigen Gebieten oder den Reichskommissariaten „Ostland“ und „Ukraine“ ereigneten.

Oberbefehlshaber und Stab haben sich mit Entschiedenheit gegen die Ausführung der verbrecherischen Befehle, vor allem gegen den Kommissarbefehl, gewendet.

Die Einsatzgruppen, die Polizeibataillone und bestimmte SS-Infanterie- bzw. Kavallerieregimenter waren der Befehlsführung durch die Wehrmacht entzogen und unterstanden über die „Höheren SS- und Polizeiführer“ dem Reichsführer SS. Andere unterstanden den „Wehrmachtsbefehlshabern“, die bei den Reichskommissariaten eingerichtet waren.

Auf die Vorwürfe hin, die seinerzeit mit der sogenannten „Wehrmachtsausstellung“ gegen die Wehrmacht vorgebracht wurden, hat der Bonner Historiker Eberhard Jäckel 1997 bemerkt: *„Wer sich von dieser Ausstellung zu dem Schluss verleiten lässt, die Wehrmacht habe den Krieg eröffnet, **verkennt das Verhältnis von Politik und Militär**. Wer meint, die Wehrmacht habe auf eigene Faust beschlossen, Verbrechen zu begehen, **verkennt ihre Einbindung in den Staat**. Wer glaubt, sie habe sich fernhalten können oder wollen, **überschätzt ihre Möglichkeiten**.“* (Anm.: Hervorhebungen K.H.)

Ein erstes Anzeichen, dass der Feldzug „Barbarossa“ misslingen könnte, gab die „Winterkrise vor Moskau“ im Dezember 1941. Hitler nahm erneut ein Personalrevirement vor: Der Oberbefehlshaber des Heeres FM v. Brauchitsch wurde entlassen, Hitler führte nun das Heer unmittelbar. Die drei Oberbefehlshaber der Heeresgruppen v. Leeb (Nord), v. Bock (Mitte) und v. Rundstedt (Süd), die beiden Oberbefehlshaber von Panzerarmeen Hoepner und Guderian wurden von ihren

Dienstposten entfernt. Nachfolger bei der Heeresgruppe Mitte als OB wurde FM v. Kluge.

Im Herbst 1942 scheiterte die Offensive in Richtung kaukasische Erdölfelder, danach kam die Katastrophe von Stalingrad. Selbst einfache Offiziere an der Front waren geschockt durch das Ausmaß der Lieferungen von US-Kriegsmaterial an die Rote Armee. Neben der Kapitulation der deutschen Streitkräfte in Nordafrika im Mai 1943 zeigte die gescheiterte Offensive in Richtung Kursk (Operation „Zitadelle“) im Juni/Juli 1943 auf, dass spätestens jetzt eine Kriegswende zu Ungunsten des Deutschen Reiches eingetreten war ...

Neben den zuvor angeführten moralischen und ethischen Imperativen bewies die eingetretene Kriegslage, dass nur mit einem Sturz der NS-Herrschaft eine im wahrsten Sinne singuläre Niederlage Deutschlands wenigstens eingegrenzt werden konnte.

Vorangetrieben durch v. Tresckow wurde versucht, Befehlshaber an der Front zu einer Beteiligung am Widerstand zu veranlassen: Dabei scheiterte v. Tresckow bereits bei seinem Onkel, FM v. Bock, der offensichtlich nur zu Protesten gegen den Kommissarbefehl zu bewegen war. v. Bock war wohl fasziniert von der Person Hitlers und ein willfähriges Instrument in der Hand „des Führers“. Sogar als er im Dezember 1941 unter demütigenden Umständen als OB der Heeresgruppe Mitte entlassen worden war, kam er ohne zu zögern nur einen Monat später den Wünschen Hitlers nach und übernahm als Nachfolger des verstorbenen FM v. Reichenau die Heeresgruppe Süd.

Auch den Nachfolger in der Führung der Heeresgruppe Mitte, wie erwähnt FM v. Kluge, versuchten v. Tresckow und andere Offiziere des Stabes für den Widerstand zu gewinnen. Diese Versuche erfolgten im Zeitraum Herbst 1942 bis zum Oktober 1943, als v. Kluge nach einem schweren Verkehrsunfall für mehrere Monate außer Gefecht gesetzt wurde. Der Feldmarschall zeigte sich nach längerem Schwanken zum Staatsstreich bereit, fiel aber wieder um und verhinderte bei mehreren Gelegenheiten ein Attentat, das in seiner Gegenwart ausgeführt werden sollte. Letztendlich war es auf das Verhalten v. Kluges zurückzuführen, dass am Nachmittag des 20. Juli 1944, dem Tag des Attentats in Rastenburg, der Militärputsch im Stabe der Heeresgruppe B in Frankreich und im Stabe des Militärbefehlshabers in Frankreich scheiterte; v. Kluge war nach der Genesung von seinem Unfall Oberbefehlshaber West geworden.

Oberst v. Gersdorff, auf Drängen v. Tresckows, aber mit Zustimmung von v. Kluge nahm im April 1943 zu FM v. Manstein Verbindung auf und versuchte diesen zum Widerstand zu bewegen. Damit hatte er keinen Erfolg. v. Manstein, zu diesem Zeitpunkt noch überzeugt von einem möglichen „Remis“ an der Ostfront, verweigerte die Beteiligung nach seinen eigenen Äußerungen wegen seiner Pflichten als Befehlshaber an der Front und wegen der unvermeidbar auftretenden

Spannungen zwischen Heimat und Front im Falle eines durchgeführten Staatsstreichs. Wir sind es heute gewohnt, jede Handlung gegen die NS-Herrschaft zu „verklären“, ungeachtet der Motive oder Beweggründe, die der Auslöser waren (siehe u.a. die Debatte um die Rehabilitierung der Deserteure) und umgekehrt, jede Verweigerung, sich am Widerstand zu beteiligen, als moralisches Versagen zu bewerten. Ist es zulässig, die Führungsverantwortung des Befehlshabers einer Heeresgruppe, die eine Front von mehreren hundert Kilometern zu halten hatte und die Verantwortung für das Schicksal von mehreren hunderttausend Soldaten so gering zu schätzen und die Nichtbeteiligung am Staatsstreich als Charakterfehler einzuordnen? Eine berechnete Frage. Sie zeigt ja gerade das Dilemma, in dem jene Offiziere sich befanden: Der Diktator war auszuschalten, wobei der angestrebte Erfolg mehr als fraglich war, was aber deutlich vor ihnen stand und auf ihnen lastete, war die Verantwortung für die unterstellten Soldaten!

Die Offiziere des Stabes der HGr Mitte versuchten bei mehreren Gelegenheiten, Attentate durchzuführen: Ein Pistolenattentat am 13. März 1943 beim Besuch Hitlers im Hauptquartier der Heeresgruppe durch Georg v. Boeselager und durch weitere Offiziere scheiterte wegen der Undurchführbarkeit (Gefährdung unbeteiligter Personen); der anschließende Versuch durch eine in das Flugzeug verbrachte Sprengladung, das Flugzeug des Diktators zum Absturz zu bringen, misslang ebenfalls, weil der Zündmechanismus einen Fehler hatte. Am 21. März 1943 beabsichtigte v. Gersdorff, bei einer Ausstellung erbeuteter Waffen im Zeughaus in Berlin, sich mit Hitler in die Luft zu sprengen. Dieser verließ jedoch vorzeitig die Vorführung.

Wie weiter oben ausgeführt war v. Kluge bei einem Verkehrsunfall im Oktober 1943 schwer verletzt worden. Sein Nachfolger war FM Busch. Als dieser am 11. März 1944 zu einem Lagevortrag nach Berchtesgaden befohlen wurde, begleitete ihn sein Ordonnanzoffizier Rittmeister v. Breitenbach. Breitenbach beabsichtigte, mit seiner Dienstwaffe Hitler während des Lagevortrages zu erschießen. Kurzfristig wurde jedoch den niedrigeren Offizieren die Teilnahme am Lagevortrag verweigert. Wer versucht, die Spannungen in Rittmeister v. Breitenbach nachzuvollziehen (er hatte mit allem abgeschlossen und sich für immer von seiner Frau verabschiedet), wird verstehen, dass er zu einem weiteren Versuch nicht bereit war.

Es war den führenden Persönlichkeiten im Widerstand klar, dass zwischen Attentat und dem Staatsstreich zum Umsturz des Systems eine Wechselwirkung bestand: Einerseits war die Tötung des Staatschefs/Oberbefehlshabers eine unverzichtbare Voraussetzung für den Erfolg des nachfolgenden Umsturzversuches, die Tötung alleine beseitigte nicht jedoch das System. Nur mit dessen Beseitigung aber war allenfalls eine Milderung der Bedingungen anzunehmen, die als Folge der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 durch die westlichen Alliierten verkündet worden waren - die bedingungslose Kapitulation. Ein Attentat an der

Front würde nichts bewirken, sollte danach nicht der Umsturz im Reichsgebiet vollzogen werden.

8. Zivile Opposition – Weiterentwicklung

Die Formierung einer Widerstandsgruppierung im Heimatkriegsgebiet, im Allgemeinen Heeresamt und im Bereich des Ersatzheeres war schlechthin unverzichtbar dafür, dass es schließlich noch zur Durchführung des Staatsstreichs vom 20. Juli 1944 kam.

Bevor dies darzustellen ist, muss in einem Exkurs auf die Opposition oder den Widerstand im zivilen Bereich mit Stand Sommer/Herbst 1943 eingegangen werden.

Wegen der Komplexität des Sachverhaltes sind bei der kurzen Darstellung Unschärfen und Verallgemeinerungen nicht zu vermeiden.

Vereinfacht ausgedrückt standen sich dabei zwei Oppositionsgruppen gegenüber. Einig war man im Ziel, die Schaffung eines Deutschlands ohne Nationalsozialismus. Gegensätze bestanden hingegen in den Vorstellungen über die staatliche Form dieses Deutschlands, wie der Weg dorthin beschritten werden sollte und in den Annahmen, welche Konzessionen von den Kriegsgegnern noch erwartet werden könnten.

Zu einer konservativen Gruppe zählten Goerdeler, Beck, v. Hassell, der frühere preußische Finanzminister Johannes Popitz, oder ehemalige Gewerkschafter wie Wilhelm Leuschner und Jakob Kaiser dazu zeitweise der Sozialdemokrat Julius Leber.

Abgestoßen von den Weimarer Verhältnissen und den Erfahrungen unter der Diktatur dachten die Nationalkonservativen an eine autoritäre Führung und die Begrenzung der Macht der Parteien. Ständestaatliche Strukturen und selbst die Wiedereinführung der Monarchie wurden nicht ausgeschlossen. Unter dem Einfluss der Beteiligung von Gewerkschaftern und des Sozialdemokraten Julius Leber ging es auch um ausgesprochene sozialistische Ausprägungen, um die Begrenzung der Macht der Unternehmen und um die Mitbeteiligung an der Gestaltung der Arbeitswelt. Geradezu illusionär im Zusammenhang mit der eingetretenen Kriegslage waren die Vorstellungen über die Stellung Deutschlands in Europa nach Beendigung des Krieges: Einerseits zwar Wiederherstellung Polens, andererseits aber die Forderung nach der Wiederherstellung der Grenzen von 1914 und nach einer Vormachtstellung Deutschlands unter den europäischen Mächten.

Um den Gutsherrn und Juristen Helmuth James Graf v. Moltke hatte sich der „Kreisauer Kreis“ gebildet. Moltke war der Urgroßneffe des großen deutschen Feldmarschalls von Moltke, Kreisau war dessen Gutsbesitz in Schlesien gewesen.

Zum Kreisauer Kreis hatten sich versammelt Peter Graf York von Wartenburg, der schon erwähnte Adam v. Trott zu Solz, Hans-Bernd v. Haefen aus dem AA, die „Sozialisten“ Adolf Reichwein und Carlo Mierendorff, der Theologe Egon Gerstenmaier und der Jesuitenpater Alfred Delp. Der Kreisauer Kreis hatte einen gewissen elitären Nimbus, verbunden war man vor allem durch eine tiefe Religiosität. Zusammengefasst stand nicht die Absicht im Vordergrund, den Sturz des Regimes herbeizuführen, sondern man verfolgte eher die Zielsetzung, wie ein Deutschland nach dem Nationalsozialismus beschaffen sein müsse – gewiss ebenfalls illusionäre Überlegungen, da das Letztere das Erstere als Voraussetzung hatte. Man verfolgte also den zweiten vor dem ersten Schritt. Die nationalkonservativen Vorstellungen der Goerdeler-Gruppe betrachteten die „Kreisauer“ nur als Restauration des Überholten, selbst trat man für einen neuen Anfang ein. Dieser konnte nicht in einer Beibehaltung oder Wiederbelebung nationalen Denkens liegen, sondern nur in einem Europa, das durch eine gemeinsame humanitäre Idee verbunden war. Der gewaltsame Sturz des Regimes durch den „Tyranen-Mord“ wurde durch die Gruppe um v. Moltke aus religiösen Überzeugungen abgelehnt. Eine Katharsis war nur zu erlangen, wenn man bis zum Untergang des Systems an dieses gebunden war. Dabei spielte nicht nur der Gedanke einer persönlichen Buße eine Rolle, sondern die Buße aller Deutschen, die dem Aufkommen des NS-Systems nicht entgegen getreten waren. Albrecht Haushofer hat in einer seiner Moabiter Sonetten (Nr. 39) es so ausgedrückt:

.....

<i>Doch schuldig bin ich. Anders als Ihr denkt! Ich musste früher meine Pflicht erkennen, Ich musste schärfer Un- heil Unheil nennen, Mein Urteil hab ich viel zu lang gelenkt....</i>	<i>Ich klage mich in meinem Herzen an: Ich habe mein Ge- wissen lang betro- gen, Ich hab mich selbst und Andere belogen-</i>	<i>Ich kannte früh des Jammers ganze Bahn. Ich hab gewarnt – nicht hart genug und klar! Und heute weiß ich, was ich schuldig war.</i>
--	--	---

9. Die „Walküre“ – Planungen im Allgemeinen Heeresamt und beim Befehlshaber des Ersatzheeres

Am 01. Oktober 1943 trat Oberstleutnant i.G. Claus Schenk Graf v. Stauffenberg seine Dienstgeschäfte als Chef des Stabes unter General Olbricht im Allgemeinen Heeresamt an.

Sein Lebenslauf ist allgemein bekannt, so dass es bis auf einige Schlüsselperioden nicht erforderlich ist, ihn hier wiederzugeben. Als 1. Generalstabsoffizier der 10. Panzerdivision im Brückenkopf von Tunis wurde Claus Stauffenberg bei einem Jabo-Angriff sehr schwer verletzt – Verlust eines Auges, Verlust der rechten

Hand und von mehreren Fingern der linken Hand durch die notwendigen Amputationen. Er wurde nach Deutschland evakuiert und verbrachte die Zeit der Rekonvaleszenz in mehreren Lazaretten. Wegen seiner Verletzung war er nicht mehr frontverwendungsfähig, deswegen der Dienstposten im Ersatzheer. Durch Kontakte über Olbricht war er im August 1943 mit v. Tresckow zusammengetroffen. Tresckow und Stauffenberg wurden später Freunde.

Im Generalstabsdienst war Stauffenberg ab 1938 als Ib bei der 1. Leichten Division in Wuppertal eingesetzt gewesen. Diese Division wurde für den Frankreich-Feldzug zur 6. Panzerdivision umgegliedert. Noch während des Feldzuges wurde Stauffenberg in die Organisationsabteilung des OKH versetzt.

Wir haben erwähnt, dass Stauffenberg während der Fritsch-Krise vom Verhalten der Generalität abgestoßen war. Zum Regimegegner wurde er, als ihm im Oberkommando des Heeres die bereits geschilderten Verstöße gegen das Ethos des abendländischen Soldatentums bewusst wurden. Im OKH hatte er entschlossen für die Aufstellung von Freiwilligen-Verbänden aus den nicht-russischen ethnischen Minderheiten in der Sowjetunion plädiert. Claus Stauffenberg war in die Versuche mit eingebunden, FM v. Manstein zum Widerstand zu bewegen. Sehr frühzeitig hat er erkannt, dass eine Reformierung des Systems nicht möglich war und einzig die Tötung Hitlers eine Lösung sei.

Um Stauffenbergs Bedeutung für den Widerstand herauszustellen, ist es nötig, erneut auf einige Zitierungen von Joachim Fest zurückzugreifen: *„...doch war ihm darüber der Sinn für die einfachere Wahrheit nicht abhanden gekommen, wonach Loyalität und Gehorsam ihren bindenden Ernst nicht um jeden Preis behaupten. Den Vorwurf von Eidbruch und Verrat nahm er daher unerschrocken in Kauf und mit dem gleichen Empfinden fürs Gebotene setzte er sich über die außenpolitischen Besorgnisse fast aller anderen hinweg, auch wenn er darauf baute, dass einer Umsturzregierung, entgegen der Casablanca-Formel, ein Verhandlungsfrieden nicht abgeschlagen werden könne. Aber weit darüber stand der bedingungslose Wille zur Tat, und nicht weniger entschieden als Tresckow brach er mit jener ... Neigung des Widerstands, die eigenen Entschlüsse von äußeren Bedingungen abhängig zu machen.“*

Und weiter: *„Mit Stauffenbergs Eintritt in den Kreis der Verschwörer änderten sich ohne großes Dazutun alle Gewichte und Machtverhältnisse, und unvermeidlich war, dass neben den Erwartungen, die er weckte, auch manche Konflikte entstanden. Vor allem Goerdeler und seine engere Gefolgschaft sahen den selbstverständlichen Vorrang der zivilen Gruppen bedroht und haben Stauffenberg nicht nur einen hochgesteckten politischen Ehrgeiz nachgesagt, sondern auch unklare sozialistische Neigungen....Übrig bleibt, dass Stauffenberg sich in der Tat keineswegs als jener lediglich militärische Handlanger verstand, den der selbstbewusste Goerdeler aus den Reihen der Militärs seit je erwartet und bis dahin auch erhalten hatte.“*

Im Frühjahr 1942 hatte General Olbricht seine Dienstgeschäfte als Amtschef des Allgemeinen Heeresamtes und Stellvertretender Befehlshaber des Ersatzheeres übernommen. Olbricht war einer der entschiedensten Gegner des Regimes. Damit konnte eine Widerstandsgruppe im Heimatheer mit Verbindung zur zivilen Opposition um Generaloberst Beck aufgebaut werden. Olbricht ging daran, die vorliegenden Pläne zur Niederwerfung „innerer Unruhen“ im Reichsgebiet für einen Militärputsch nutzbar zu machen. Ende 1942 teilte Olbricht der Widerstandsgruppe im Stab der Heeresgruppe Mitte mit, dass er noch etwa acht Wochen benötige, um seine Vorbereitungen abzuschließen. Wenig später nannte er als Termin für den Abschluss Anfang März 1943. Als Truppen für die Durchführung sollten die Panzerersatzbrigade, das Wachbataillon „Großdeutschland“ in Berlin sowie die in der Aufstellung begriffene Division „Brandenburg“ der Abwehr zur Verfügung stehen. Wie geschildert, scheiterten jedoch alle Attentatsversuche von Offizieren aus dem Stab der Heeresgruppe Mitte, die den Putsch auslösen sollten. Mitte September 1943, Stauffenberg war noch in Genesung, arbeiteten v. Tresckow und Claus Stauffenberg die „Walküre-Planungen“ so um, dass sie – zur Niederwerfung innerer Unruhen gedacht – gerade zum Gegenteil, einem Staatsstreich, verwendet werden konnten. Damit war zum ersten Mal ein Grundproblem für einen Putsch beseitigt, entweder über eine verlässliche Truppe zu verfügen oder das Risiko einzugehen, wenn eine Truppe zum Staatsstreich herangezogen werden würde, dass sie nicht mehr gehorchen würde, wenn offenbar wurde, um es was es wirklich ging. Ein grundsätzliches Problem aber blieb, dass weder Stauffenberg noch Olbricht die Befehlsgewalt über die Truppen des Ersatzheeres hatten. Diese lag bei Generaloberst Fromm, einem „gnadenlosen Opportunisten“. Versprach der Putsch Erfolg, dann würde er sich an seine Spitze setzen, drohte jedoch ein Scheitern, dann würde er rücksichtslos dagegen vorgehen. Auf alle Fälle blieben ihm die Umsturzplanungen nicht verborgen.

Im Herbst 1943 – Frühjahr 1944 trieb Stauffenberg mit der ihm eigenen Energie und seiner Überzeugungskraft die Umsturzplanungen voran. Ungezählte Einzelpersonen überzeugte er mit seinen Argumenten und mit seinem Appell an das persönliche ethische Wertegerüst, sich dem Widerstand zur Verfügung zu stellen. Auf diese Weise gelang es ihm, eine größere Zahl jüngerer Offiziere aus dem Wehrkreis Berlin und den Wehrkreisen im Reich zum Mittun zu bewegen: Klausning, Werner v. Haefen, Hayessen, v. Leonrod, v. Hößlin.

Von Bedeutung war, dass sich in den Stäben in Frankreich (OB West, Militärbeehlshaber Frankreich und Heeresgruppe B unter FM Rommel) ein Widerstandskreis gebildet hatte. Dieser war wichtig, weil man glaubte, mit führenden Militärs der Amerikaner und Briten in Verbindung treten zu können, um mit ihnen nach der Beseitigung des NS-Systems über eine Einstellung der Kampfhandlungen an der Westfront zu verhandeln.

Aus heutiger Sicht wissen wir, dass dies wiederum eine illusionäre Vorstellung war, wie das spätere Verhalten der westlichen Alliierten zeigte. Eisenhower brach seinen Vormarsch an der Elbe ab, ohne weiter nach Berlin vorzurücken. General Patton wurde, als er im April 1945 bereits im Raum Pilsen stand, der Vorstoß auf Prag verweigert, mit dem er die Stadt noch vor der Roten Armee eingenommen hätte.

Zu den Widerständlern gehörten: General v. Stülpnagel, Militärbefehlshaber Frankreich (als Oberquartiermeister I im OKH schon an den Umsturzplanungen 1938/1939 beteiligt) und zahlreiche Offiziere seines Stabes, beispielsweise der Chef des Stabes, Oberst i.G. v. Linstow, der Kriegsverwaltungsrat Bargatzky, Oberstleutnant v. Hofacker, Stabsoffizier z.b.V. beim Militärbefehlshaber (ein Verwandter Stauffenbergs). Es gehörten dazu General Speidel, Stabschef der Heeresgruppe B, Oberst i.G. Finckh, Oberquartiermeister beim OB West, General v. Boineburg-Lengsfeld, Kommandant von Groß-Paris, sowie General v. Falkenhause, Militärbefehlshaber von Belgien und Nordfrankreich.

Im Herbst 1943 erhielt v. Tresckow ein Kommando an der Front als Regimentskommandeur. Die gesamten Aufgaben für Vorbereitung von Attentat und Staatsstreich lagen nun bei Oberstleutnant Stauffenberg. Ab November 1943 erschien es zweifelhaft, dass General Stieff von der Organisationsabteilung im OKH, der seine Bereitschaft erklärt hatte als Attentäter im Führerhauptquartier zur Verfügung zu stehen, diese Zusage auch einhalten würde. Nun ging Stauffenberg auch noch daran, einen Attentäter zu finden.

Nacheinander erklärten ihre Bereitschaft Hauptmann v. d. Bussche, Leutnant v. Kleist und Werner v. Haefen, der Ordonnanzoffizier Stauffenbergs. Ohne Einzelheiten dieser Attentatsversuche zu schildern, ist festzuhalten, dass keiner davon zur Ausführung kam. Werner v. Haefen zog seine Zusage zurück, nachdem sein Bruder Hans-Bernd v. Haefen religiöse Bedenken geltend gemacht hatte. Der misslungene Attentatsversuch durch Rittmeister v. Breitenbach wurde schon geschildert. Allmählich reifte der Gedanke in v. Stauffenberg, das Attentat selbst durchzuführen – trotz seiner Behinderung.

Wenn an den untragbaren Zuständen in Deutschland noch etwas geändert werden sollte, wenn den Opfern, die der andauernde Krieg täglich vom deutschen Volk abverlangte, noch einen Sinn gegeben werden sollte, dann geriet die Verschwörung zeitlich immer mehr unter Druck, Attentat und Staatsstreich auch auszuführen.

Darüber hinaus verschlechterte sich die militärische Lage für Deutschland von Monat zu Monat: Die Einstellung des U-Boot-Krieges auf dem Atlantik im Mai 1943, die zunehmenden strategischen Bombardierungen der Bevölkerungszentren im Reich, der Seitenwechsel Italiens im September 1943 und die Landung

der Anglo-Amerikaner bei Salerno in Italien auf dem europäischen Festland. Im Januar 1944 begannen die Kämpfe um die „Gustav-Linie“ südlich von Rom. Im Westen wurde die Landung der Alliierten mit Beginn des Frühjahrs erwartet.

Außerdem musste der „große Schlag“ gegen Opposition und Widerstand durch das Regime erwartet werden. Schon im April 1943 war die Gruppierung Oster in der Abwehr durch Verhaftungen zerschlagen worden. Oster wurde kalt gestellt. Am 19. Januar 1944 wurde Helmuth v. Moltke verhaftet. Am 02. Februar 1944 wurde Admiral Canaris entmachtet und das Amt Abwehr endgültig zerschlagen. Schließlich erfolgte die Festnahme von Reichwein und Julius Leber am 04./05. Juli 1944.

Am 01. Juli 1944 hatte Claus Stauffenberg seinen Dienstposten als Chef des Stabes bei Generaloberst Fromm, dem Befehlshaber des Ersatzheeres, angetreten. Mit der neuen Verwendung war die Beförderung zum Oberst i.G. verbunden. Oberst i.G. Mertz v. Quirnheim wurde sein Nachfolger im Allgemeinen Heeresamt. Damit wurde Stauffenberg häufiger zu Lagebesprechungen im Führerhauptquartier befohlen. Stauffenberg entschloss sich nunmehr endgültig, das Attentat auf Hitler selbst auszuführen, obwohl er für die Durchführung des Staatsstreiches in Berlin unerlässlich war. Dies brachte Unsicherheiten hinsichtlich der Erfolgsaussichten des Attentats. Nunmehr war ein Selbstopfer nicht mehr möglich, weil er als Attentäter nachfolgend auch noch die Führung des Staatsstreichs zu übernehmen hatte.

Am 6. Juni 1944 war die erwartete Landung der Alliierten in der Normandie erfolgt. Mitte Juli war die Front um den Länderraum am Zerbrechen. Ab 22. Juni begann die Offensive der Roten Armee gegen die Front der deutschen Armeen in Russland. Die Heeresgruppe Mitte brach zusammen. Die sowjetischen Armeen näherten sich der Grenze Ostpreußens.

Von Stauffenberg nach dem nunmehrigen Zweck des Attentats befragt, hatte v. Tresckow diesem seine berühmt gewordene Botschaft übermittelt: *„Das Attentat auf Hitler muss erfolgen, coûte que coûte...Denn es kommt nicht mehr auf den praktischen Zweck an, sondern darauf, dass die deutsche Widerstandsbewegung vor der Welt und vor der Geschichte unter Einsatz des Lebens den entscheidenden Wurf gewagt hat.“*

Wegen des Opfers, das die Frauen und Männer des Widerstandes auf sich genommen haben, fühlen wir Nachgeborene uns zu Dank und ehrendem Gedenken verpflichtet.

Stand: Oktober 2019